



Der Minister

Ministerium für Inneres und Kommunales NRW, 40190 Düsseldorf

Präsidentin des Landtags
Frau Carina Gödecke MdL
Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf



27. Februar 2015

Seite 1 von 1

Telefon 0211 871-

Telefax 0211 871-163337

für die Mitglieder des Unterausschusses Personal (60-fach)

19. Sitzung des Unterausschusses Personal am 10.03.2015
Bericht des Ministers für Inneres und Kommunales

Antrag der CDU-Fraktion vom 06.02.2015, - „Auswirkungen der zusätzlichen Stellen zur Terrorabwehr“

Sehr geehrte Frau Landtagspräsidentin,

zur Information der Mitglieder des Unterausschusses Personal des Landtags übersende ich meinen schriftlichen Bericht in 60-facher Ausfertigung.

Mit freundlichen Grüßen

Ralf Jäger MdL

**Bericht des Ministers für Inneres und Kommunales
zur Sitzung
des Unterausschusses Personal am 10.03.2015**

„Auswirkungen der zusätzlichen Stellen zur Terrorabwehr.“

Antrag der Fraktion der CDU vom 06.02.2015

Die Anschläge in Paris und jüngst in Kopenhagen haben gezeigt, dass es eine neue Qualität der Bedrohung gibt. Derzeit liegen zwar keine konkreten Hinweise auf Terroraktionen in Nordrhein-Westfalen vor, aber das Risikopotenzial der Personen, von denen eine Anschlagsgefahr ausgeht, nimmt kontinuierlich zu.

In einer solchen Situation müssen die Sicherheitsbehörden schnell und nachhaltig reagieren. In meiner Pressemitteilung vom 22.01.2015 habe ich die hierzu erforderlichen Maßnahmen konkret dargelegt und ergänzend darauf hingewiesen, dass trotz dieser Maßnahmen keine hundertprozentige Sicherheit garantiert werden kann.

Polizei und Verfassungsschutz werden alles Mögliche tun, um der Bedrohung durch islamistische Extremisten und Terroristen entgegenzuwirken. Hierzu bedarf es jedoch im Wesentlichen qualifizierten Personals der Polizei, das nicht über den freien Arbeitsmarkt zu gewinnen ist. Für zeitnahe Maßnahmen kommen daher nur bereits aus- und fortgebildete eigene Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die im Optimalfall auch bereits über einschlägige Arbeitserfahrungen verfügen, in Betracht. Hierzu werden innerhalb des Personalkörpers der Polizei Umschichtungen erfolgen. Nachfolgend werden diese Kräfte durch zusätzliche Einstellungsermächtigungen kompensiert.

Vorbehaltlich der haushaltsrechtlichen Entscheidungen wird der Bereich der Terrorbekämpfung mit 360 qualifizierten Polizistinnen und Polizisten verstärkt. Die Landesregierung hat dazu am 24.02.2015 dem Nachtragshaushalt für das Jahr 2015 zugestimmt. Der Gesetzentwurf sieht vor, die Einstellungsermächtigungen für Polizeibeamtinnen und -beamte um jährlich 120 Einstellungen von Kommissaranwärterinnen und/-anwärtern in den Jahren 2015 bis 2017 zu erhöhen.

Darüber hinaus verstärken 25 neu einzurichtende Planstellen den Verfassungsschutz. Hierzu bleibt die Entscheidung des Haushaltsgesetzgebers abzuwarten.

Die aktuellen Ereignisse machen eine kurzfristige Umschichtung innerhalb des Personalkörpers der Polizei notwendig. Auf diese Weise wird die Terrorismusbekämpfung

fung zeitnah verstärkt. Bei den vorgesehenen Maßnahmen kommt es für die Sicherheitsbehörden zunächst vor allem darauf an, die Ermittlungs-, Aufklärungs-, Observations- und Auswertemaßnahmen zu intensivieren und die polizeilichen Staatsschutzdienststellen zu verstärken.

Hierzu habe ich bereits veranlasst, neben der Fahndungsgruppe Staatsschutz des LKA vorübergehend zusätzliche Beamtinnen und Beamte aus Mobilien Einsatzkommandos im Spektrum der Abwehr terroristischer Gefahren einzusetzen. Dem Landeskriminalamt wurden dazu Kräfte aus dem Bereich der Spezialeinheiten unterstellt, die dort ausschließlich für gezielte Überwachungsmaßnahmen eingesetzt werden.

Unter dem Vorbehalt, dass das Parlament den Nachtragshaushalt verabschiedet, stellt sich die dauerhafte Lösung wie folgt dar:

Die Fahndungsgruppe Staatsschutz des LKA NRW wird durch personelle Umschichtungen um 90 Beamtinnen und Beamte und die landeszentralen Kapazitäten für zentrale Ermittlungen sowie Auswertung und Analyse um 50 Beamtinnen und Beamte personell aufgestockt.

Darüber hinaus wird ergänzend auch der Polizeiliche Staatsschutz von ausgewählten Kreispolizeibehörden mit spezifischen Brennpunkten landesweit durch personelle Umschichtungen um insgesamt 60 Beamtinnen und Beamte spürbar verstärkt.

Der Gesamtumfang der Verstärkungen für das Landeskriminalamt und die Kreispolizeibehörden liegt damit insgesamt bei 200 Stellen. Die Besetzung dieser Stellen wird möglichst zeitnah im Rahmen landesweiter Stellenausschreibungen durch qualifizierte Polizeibeamtinnen und -beamte erfolgen. Wie sich die aus diesen Verfahren resultierenden inner- und zwischenbehördlichen Personalverlagerungen auswirken, wird sich erst im Anschluss bewerten lassen.

Behördenspezifische Belastungen werden im polizeilichen Nachersatzverfahren zum 01.09.2015 berücksichtigt. Sollte darüber hinaus personeller Kompensationsbedarf bestehen, werden die bestehenden arbeitszeitrechtlichen Instrumente, wie z.B. die Anordnung von Mehrarbeit genutzt werden können. Eine gegebenenfalls anfallende Mehrarbeit ist zeitnah durch Freizeitausgleich bzw. finanzielle Vergütung abzubauen. Im Einzelfall kann diese, im Zusammenhang mit den o.a. aktuellen organisatorischen Verlagerungen stehende Mehrarbeit, nach Prüfung bis zu einem Zeitraum von fünf Jahren abgebaut werden.

Neben diesen kurzfristigen Stärkungsmaßnahmen muss die Polizei in den nächsten Jahren auch besondere Belastungen für den Schutz gefährdeter Objekte und Personen sukzessive berücksichtigen. Sie muss insbesondere darauf vorbereitet sein, bei konkreten Gefährdungshinweisen weitere Personen- und Objektschutzaufträge übernehmen zu können. Dies sind zusätzliche Belastungen, die mit dem jetzigen Personal nur für eine begrenzte Übergangszeit zusätzlich bewältigt werden können. Es ist daher beabsichtigt, die Ausstattung der Behörden für den Personen- und Objektschutz in den kommenden Jahren schrittweise in einem Umfang von bis zu 100 Stellen nachhaltig zu verstärken. Zusätzlich werden drei weitere Mobile Einsatzkommandos (60 Funktionen) aufgebaut, um im Bedarfsfall zusätzliche Observationskapazitäten für die Terrorismusbekämpfung mobilisieren zu können.

Unter Bezugnahme auf meine o. g. Pressemitteilung stellen sich die personellen Verstärkungen summarisch wie folgt dar:

- **110** zusätzliche Beamte in den Dienststellen des polizeilichen Staatsschutzes (davon 50 für LKA NRW; zentrale Ermittlungen, Auswertung und Analyse) (davon 60 für Kriminalhauptstellen)
- **150** zusätzliche Spezialisten sind für den Ausbau von Fahndung und Observation (davon 90 für LKA NRW; Fahndungsgruppe Staatsschutz) (davon 60 für den Aufbau von drei neuen Mobilen Einsatzkommandos)
- **100** zusätzliche Beamtinnen und Beamte landesweit für den Personen- und Objektschutz
- **25** zusätzliche Planstellen zur Stärkung des Verfassungsschutzes.

Zur Realisierung dieser personellen Verstärkungsmaßnahmen ist vorbehaltlich der haushaltsrechtlichen Entscheidung beabsichtigt, die jährlichen Einstellungen für die Polizei bis 2017 in drei gleichen Schritten um jeweils 120 Beamtinnen und Beamte zu erhöhen und für den Verfassungsschutz zusätzlich 25 Planstellen neu zu etatisieren.

Zur konkreten Umsetzung des Konzeptes steht das Ministerium für Inneres und Kommunales in sehr engem Austausch mit seinen nachgeordneten Behörden und den Personal- und Berufsvertretungen. Für den 27. Februar habe ich die Behördenleiterinnen und Behördenleiter sowie die Personalratsvorsitzenden und Vorsitzenden der Polizeigewerkschaften eingeladen, um über die nächsten Umsetzungsschritte zu informieren und die Auswirkungen für die Polizei zu erörtern.

Die Bekämpfung des salafistischen Terrorismus stellt die Polizei und den Verfassungsschutz vor große Herausforderungen. Die dabei wahrzunehmenden Aufgaben fallen nicht nur in die Verantwortung einiger Behörden, die dadurch entstehenden Belastungen sind vielmehr durch alle Sicherheitsbehörden zu tragen.

Zum Stand der Mehrarbeit in den jeweiligen Direktionen der Kreispolizeibehörden und beim Landeskriminalamt übersende ich die folgende Übersicht:

Eine direktionsscharfe Abbildung der Mehrarbeit ist zum heutigen Tage noch nicht möglich. Diese sowie die Mehrarbeit für 2014 werden derzeit bei den Kreispolizeibehörden abgefragt.

Geleistete Mehrarbeitsstunden im Jahr 2013:

Polizeibehörden	Mehrarbeit gesamt im Jahr 2013
Aachen	78.248
Bielefeld	61.203
Bochum	130.431
Bonn	70.661
Borken	8.196
Coesfeld	8.730
Dortmund	104.196
Duisburg	52.989
Düren	9.843
Düsseldorf	156.567
Ennepe-Ruhr-Kreis	8.422
Essen	71.474
Euskirchen	9.262
Gelsenkirchen	54.538
Gütersloh	9.735
Hagen	5.440
Hamm	13.534
Heinsberg	20.218
Herford	4.589
Hochsauerlandkreis	8.007
Höxter	5.085
Kleve	14.472
Köln	214.819
Krefeld	24.639
Lippe	8.733

LKA	35.321
Märkischer Kreis	14.457
Mettmann	16.512
Minden-Lübbecke	7.268
Mönchengladbach	52.696
Münster	68.235
Oberbergischer Kreis	25.029
Oberhausen	17.057
Olpe	7.684
Paderborn	14.585
Recklinghausen	52.560
Rhein-Erft Kreis	15.148
Rheinisch-Bergischer Kreis	10.308
Rhein-Kreis Neuss	15.282
Rhein-Sieg-Kreis	1.791
Siegen-Wittgenstein	24.942
Soest	12.432
Steinfurt	16.013
Unna	3.602
Viersen	2.970
Warendorf	6.527
Wesel	20.525
Wuppertal	66.052